

### Inhalt

I. Manchmal reicht schon ein Verdacht .....	1
1. Der Fall .....	1
2. Die Entscheidung .....	1
3. Fazit .....	3
II. Neues auf Rehmnetz .....	3
III. Beamtenblog .....	3

## I. Manchmal reicht schon ein Verdacht

von Christian Horvat, Rechtsanwalt  
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft

Im Disziplinar- und im Strafverfahren ist es ein althergebrachter Grundsatz, dass jeder Beschuldigte bis zum Abschluss des Verfahrens als unschuldig gilt.

Dieser Zweifelsgrundsatz folgt sowohl aus Artikel 6 Abs. 2 EMRK als auch aus dem Rechtsstaatsprinzip, das sich wiederum aus Artikel 20 Abs. 3 GG ergibt.

Im Disziplinarverfahren gilt also „jeder Soldat oder Beamte bis zum verfahrensmäßigen Abschluss eines Disziplinarverfahrens grundsätzlich als unschuldig“ (vgl. etwa BVerwG 2 WD 36.09, Beschluss vom 30.07.2009, Aktenzeichen S 6 VL 07/09 Rn.14).

Gleichwohl gibt es Möglichkeiten, ohne den Nachweis konkreter Fehlverhalten Eingriffsmaßnahmen zu ergreifen. Im Fall, den wir heute näher betrachten wollen, hat der erste Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts entsprechende Grundsätze herausgearbeitet (BVerwG 1 WB 18.14, Beschluss vom 04.11.2014).

### 1. Der Fall

Im vom Bundesverwaltungsgericht entschiedenen Fall war ein Zeitsoldat vom 29. Deutschen Einsatzkontingent ISAF abgezogen worden.

Die vorzeitige Beendigung seiner Verwendung wurde darauf gestützt, dass er „hinreichend verdächtig“ sei, Dienstpflichtverletzungen begangen zu haben. Namentlich soll er gegenüber einem Oberfeldwebel und in Anwesenheit eines Hauptgefreiten sinngemäß geäußert haben, „dass man mit Waffengewalt gegen den Kompaniechef vorgehen müsse und er [...] diesen am liebsten erschießen würde.“ Hierbei habe er eine Waffe aus dem Holster gezogen und diese in Richtung der Wand des Nachbarraums, in dem der Kompaniechef

sein Büro hatte, gerichtet. Weiter soll er einmal mehr Alkohol als erlaubt getrunken haben.

Zu einem weiteren Zeitpunkt soll er erneut gesagt haben, man müsse notfalls mit Waffengewalt gegen den Kompaniechef vorgehen, er würde diesen am liebsten erschießen, die Unteroffiziere der Kompanie hätten kein Rückgrat, der Kompaniechef und der Spieß seien ein Arschloch und hätten keine Ahnung, der Kompaniechef und der Kompaniefeldwebel hätten keinen Arsch in der Hose und im Bereich der Stabs-/Versorgungskompanie laufe alles Scheiße und er habe zu Major T. gesagt, dieser solle seinen Kopf in den Arsch stecken, damit sei er seinem Gehirn näher sei.

Dies hatte dazu geführt, dass die besondere Auslandsverwendung des Soldaten mit Bescheid vom 19.10.2012 vorzeitig beendet worden ist. Im Bescheid waren in verkürzter Form die zuvor dargestellten Vorwürfe ausgeführt und mitgeteilt, dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht mehr möglich sei.

### 2. Die Entscheidung

Das Bundesverwaltungsgericht hat dem hiergegen gerichteten gerichtlichen Antrag des Soldaten den Erfolg

### Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

versagt. Die vorzeitige Beendigung der besonderen Auslandsverwendung sei rechtmäßig gewesen. Eine Rechtsverletzung liege nicht vor.

Lesenswert ist die Begründung, die zeigt, dass für bestimmte Maßnahmen nicht der Nachweis schuldhaften Verhaltens notwendig ist, sondern Kollektivinteressen dazu führen, dass auch ohne Nachweis schuldhaften Verhaltens faktisch Sanktionen verhängt werden können.

„Ein Soldat hat keinen Anspruch auf eine bestimmte fachliche oder örtliche Verwendung oder auf Verwendung auf einen bestimmten Dienstposten. Ein dahingehender Anspruch lässt sich auch nicht aus der Fürsorgepflicht ableiten. Vielmehr entscheidet der zuständige Vorgesetzte oder die zuständige personalbearbeitende Stelle über die Verwendung nach pflichtgemäßem Ermessen.“

Sodann folgt ein Hinweis auf den Gleichbehandlungsgrundsatz, ehe im Detail auf die Versetzungsrichtlinien eingegangen wird.

Hier kommt Nummer 4 erster Spiegelstrich der Versetzungsrichtlinien zur Anwendung. Danach kann ein Soldat vorzeitig von einer besonderen Auslandsverwendung abgelöst werden, wenn ein dienstliches Bedürfnis besteht. Besondere Beachtung verdient der Begriff des dienstlichen Bedürfnisses, der gerade nicht gleichzusetzen ist mit einem schuldhaften Verhalten oder überhaupt einem Fehlverhalten des Soldaten.

Der Dienstvorgesetzte hat zudem eine Ermessensentscheidung zu treffen. Diese kann von den Wehrdienstgerichten darauf überprüft werden, „ob der Vorgesetzte den Soldaten durch Überschreiten oder Missbrauch dienstlicher Befugnisse in seinen Rechten verletzt (§ 17 Abs. 3 Satz 2 WBO) bzw. gesetzlichen Grenzen des ihm insoweit zustehenden Ermessens überschritten oder von diesem in einer dem Zweck der Ermächtigung nicht entsprechenden Weise Gebrauch gemacht hat (§ 23a Abs. 2 WBO i. V. m. § 114 VwGO).“

Das Gericht stimmt dem Antragsteller zwar insoweit zu, dass von einem feststehenden Dienstvergehen bislang



## Produktipp

Gansen

### Disziplinarrecht in Bund und Ländern

Kommentar



3660 Seiten  
Loseblattwerk in 3 Ordnern  
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen  
ISBN 978-3-7685-3043-9

[\[Mehr Info\]](#)

Auch als Internetlösung verfügbar:  
Vierteljahrespreis für 3 Lizenzen –  
Mindestvertragslaufzeit 12 Monate  
€ 49,99

[\[Mehr Info\]](#)

#### Das beliebte Standardwerk – jetzt noch praktischer

Unentbehrlich für die Arbeit im Bund und in den Ländern. Der „Gansen“ informiert zuverlässig über die neue Rechtslage. Neben der Kommentierung des BDG sind die Disziplingesetze der Länder abgedruckt und gegebenenfalls Abweichungen zum BDG kommentiert.

Eine Synopse erschließt die parallelen Paragraphen in Bund und Ländern. Dadurch ist das Werk sowohl im Bund als auch in den Ländern Gewinn bringend einsetzbar. Die für die Arbeit im disziplinarrechtlichen Bereich unverzichtbaren ergänzenden Vorschriften sind ebenfalls alle abgedruckt.

Zusätzlich enthält das Werk verschiedene Mustertexte für Praktiker (z.B. Einleitungs-/Einstellungsverfügung, Ladung, Protokoll, Disziplinarklage) und Schaubilder.



## Produktipp

Weiß/Niedermaier † / Summer † / Zängl

### Beamtenrecht in Bayern

Mit beamtenrechtlichen Nebengesetzen und Vollzugsvorschriften



8936 Seiten  
Loseblattwerk in 6 Ordnern  
€ 229,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen  
ISBN 978-3-8073-0005-4

[\[Mehr Info\]](#)

#### Das Standardwerk zum Bayerischen Beamtengesetz und Beamtenstatusgesetz

Der gründliche und umfassende Kommentar erläutert die relevanten Vorschriften praxisnah und auf anschauliche Weise.

Das zum 1.1.2011 in Kraft getretene Leistungslaufbahngesetz, welches unter anderem die laufbahnrechtlichen Vorschriften im Bayerischen Beamtengesetz ablöst, wird umfassend erläutert. Der klare, verständliche Aufbau erleichtert trotz der großen Anzahl neuer Vorschriften, den schnellen Zugang zu dem Gesuchten.

Alle entscheidungserheblichen Vorschriften für den „Bayerischen Beamten“ sind abgedruckt und werden ständig aktualisiert. Das Werk ist ein unerlässlicher Begleiter für Ihre professionelle Beschäftigung mit dem Beamtenrecht.

nicht ausgegangen werden könne, da das gerichtliche Disziplinarverfahren bereits nicht abgeschlossen sei.

Jedoch sei nicht zu beanstanden, dass bereits aufgrund des Verdachts ein dienstliches Bedürfnis für die vorzeitige Ablösung bestanden habe.

Das Gericht stellt klar:

„Vertrauensverluste, die den Dienstbetrieb unannehmbar belasten, können sich nach ständiger Rechtsprechung des Senats nicht nur aus einem feststehenden Dienstvergehen sondern grundsätzlich auch schon aus dem Verdacht einer schuldhaften Pflichtverletzung durch einen Soldaten ergeben [...]. Erforderlich ist [...] ein hinreichendes Maß an Konkretheit des Verdachts sowie ein hinreichendes Gewicht des Dienstvergehens, auf das sich der Verdacht bezieht [...].“

Das Gericht hebt hervor, dass mit der „Aufgabe eines Kompanieeinsatzoffiziers im Auslandseinsatz, insbesondere der Kompanieführung im täglichen Dienstbetrieb loyal zur Seite zu stehen, [...] die vorgehaltenen Verhaltensweisen [...] nicht in Einklang“ zu bringen sind.

Mehrere Zeugen hätten bestätigt, was dem Antragsteller vorgeworfen worden war.

Im hier vorliegenden Repatriierungsverfahren gehe es allein um die Sicherung und Aufrechterhaltung eines geordneten militärischen Dienstbetriebs während eines Auslandseinsatzes. Dass hier massive Spannungen wahrnehmbar waren, sei ersichtlich gewesen. Der jedenfalls bestehende Verdacht war nicht ausgeräumt. Der Antragsteller habe weiter nicht die Gewähr dafür geboten, nicht mehr als „Störerquelle“ zu agieren.

### 3. Fazit

Das Bundesverwaltungsgericht weist mehrfach darauf hin, dass es hier nicht das Disziplinarverfahren zu entscheiden habe. Faktisch ist der Antragsteller jedoch der

von ihm weiterhin begehrten Position enthoben worden. Die Beendigung seiner Verwendung wurde dadurch vereinfacht, dass der Nachweis schuldhaften Verhaltens nicht geführt werden brauchte und noch dazu im Ermessensweg entschieden werden konnte. In der Sache ist das möglichst effektive Unterbinden von Störungen gerade in derart gefährlichen Situationen wie dem Auslandseinsatz einer Militärkompanie sicher mehr als begrüßenswert. Unangenehm berührt natürlich gleichwohl, dass jedenfalls faktisch sanktioniert wird, ohne den Zweifelsgrundsatz effektiv werden zu lassen.

*Dr. Christian Horvat  
Rechtsanwalt*

## II. Neues auf Rehmnetz

**News:** [Nebentätigkeit und Dienstvergehen](#)

**News:** [Entschädigung von jüngeren Beamten wegen rechtswidriger Besoldung](#)

## III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Zu viele Lehrerinnen – zu wenig Lehrer](#)

[Eine weihnachtliche Trunkenheitsfahrt in der Amtssprache](#)

[Amtsdelikte](#)